Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

215 (14.9.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 215 — Mittwoch den 14. September 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Konflikt zwischen Parlament und Regierung hat sich weiter verschärft. Reichskanzler und Reichsminister lehnten es ab, im Ueberwachungsausschuß des Reichstages und im Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen, weil der Reichstagspräsident auf seinem Standpunkt beharrt, daß die Abstimmungen rechtmäßig erfolgt seien.

•

Die Reichstagsausschüsse faßten Entschließungen, in denen Kanzler und Minister des Verfassungsbruchs geziehen werden, ebenso erklärte ein Zentrumsantrag die letzten Reichstagsauflösungen für verfassungswidrig.

•

Von einer Anrufung des Staatsgerichtshofes wollen die Parteien absehen, um die Neuwahlen nicht zu verzögern.

•

Die kommunistischen Arbeitsräume im Reichstag sind einer polizeilichen Durchsuchung unterzogen worden.

*

In Berlin fand am Dienstag in Anwesenheit Hitlers eine nationalsozialistische Führertagung statt, in der Hitler die neuen Richtlinien für den jetzt einzuschlagenden Kampf für die soziale und nationale Freiheit des deutschen Volkes bekanntgab.

*

Die Sozialdemokratie fordert die Auflösung des hessischen Landtages. Da hierin die Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, hängt die Auflösung von der Entscheidung der Nationalsozialisten ab.

*

In Japan hat sich ein schweres Fährbootunglück ereignet, dem 24 Arbeiter des Marinearsenals von Kure zum Opfer gefallen sind. 76 Fahrgäste konnten gerettet werden.

*

Die Hinrichtung des Präsidentenmörders Gorguloff ist auf Mittwoch früh 5,20 Uhr festgesetzt worden.

*

Die Deutschnationale Volkspartei und das Zentrum haben Aufrufe erlassen, in denen diese Parteien zu der Auflösung des Reichstages Stellung nehmen.

*

Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, ist die chilenische Regierung zurückgetreten. Der Präsident Dr. Davila wird die Neubildung des Kabinetts vornehmen.

Der Eindruck der französischen Note

In der Note der französischen Regierung wird die Entscheidung über die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung dem Völkerbund zugeschoben. Frankreich selbst verhält sich ablehnend. Von der Reichsregierung konnte bisher noch nicht abschließend Stellung genommen werden. Aber der Eindruck besteht, daß **diese Antwort nicht geeignet ist, die Weiterführung der Frage der Gleichberechtigung zu fördern.** Die französischen Ausführungen sind zwar in konziliantem Tone gehalten und in einem Nebensatz wird auch Deutschlands Recht auf Sicherheit anerkannt, aber die Art und Weise, wie diesem Anspruch Rechnung getragen werden soll, scheint einen rein juristischen Charakter der Sicherungen, also in Vertragsform usw. vorzusehen, während für Frankreich der Anspruch auf eine zusätzliche Sicherung durch seine starke Rüstung aufrecht erhalten wird. Dem entspricht es auch, wenn **der Anspruch auf Gleichberechtigung abgelehnt wird,** indem man sich gleichzeitig bereit erklärt, im Laufe der Abrüstungskonferenz an einer Lösung des Problems mitzuwirken. In Verbindung mit der Schlußresolution der Abrüstungskonferenz zeigt sich somit, **daß Frankreich Deutschland grundsätzlich differenziert behandelt und von dem Gesamtproblem der Weltabrüstung abgelöst sehen möchte.**

•

Französische Pressestimmen zur französischen Antwort

Paris, 13. Sept. Das **„Petit Journal"** schreibt: Herriot setzt der deutschen Forderung ein höfliches, aber kategorisches Nein entgegen. Immerhin habe er die Tür für spätere Verhandlungen offengelassen.

Die radikale **„Republique"** erklärt: Die französischen Republikaner wollten für Frankreich die Sicherheit. Sie dächten nicht einen Augenblick daran, Deutschland in einem Zustande der Unterlegenheit zu halten und deshalb seien sie freudig bereit, eine merkliche Herabsetzung aller Rüstungen anzunehmen unter der Bedingungen, daß diese sich auch auf die offiziösen Rüstungen bezögen, ebenso wie auf die offiziellen Rüstungen.

„Echo de Paris" bedauert es, daß Macdonald nicht Herriot zur Seite stehe. Noch schlimmer sei, daß der englische Ministerpräsident durch die französische Beweisführung beinahe ebenso peinlich betroffen werde, wie der deutsche Reichskanzler. Die wahre Antwort werde wahrscheinlich in den nächsten Tagen an Macdonald und Hoover gegeben werden.

„Journal" will aus der Rede von Edge in Meaux schließen, daß die französisch-amerikanische Entente eine der festesten Grundlagen des Friedens bilden könnte.

Das Programm der Reichsregierung

Außen- und innenpolitische Ziele

Berlin, 13. Sept. Reichskanzler von Papen sprach im Rundfunk über das Programm der Reichsregierung. Er führte unter anderem aus:

Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volk, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von mir verfolgte Programm entgegenzunehmen. Der Reichskanzler gab eine Schilderung der letzten Vorgänge im Reichstag und betonte, daß nach Artikel 33 der Verfassung der Präsident verpflichtet war, ihm als Vertreter der Regierung das Wort zu erteilen. Mit dem Augenblick, der Uebergabe des Auflösungsdekrets, fuhr der Kanzler fort, war nach den Bestimmungen der Verfassung der Reichstag aufgelöst. Die Abstimmungen, die der Reichstagspräsident danach hat stattfinden lassen, sind verfassungswidrig und damit rechtsungültig. Aus diesem Vorgang wird das deutsche Volk ersehen, daß es der Reichsregierung durch verfassungswidriges Verhalten des Reichstagspräsidenten unmöglich gemacht worden ist, vor dem Volk einen Rechenschaftsbericht über die vergangenen drei Monate zu geben und ihr Programm für die Zukunft mitzuteilen. Die kommunistische, aus Moskau zugereiste Abgeordnete Frau Klara Zetkin ist von dem Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört worden. Die Erklärung einer nationalen Regierung aber weigert sich die deutsche Volksvertretung auch nur anzuhören. Ich stelle dieses Verhalten des Reichstages vor dem deutschen Volke fest.

In dem folgenden **Rechenschaftsbericht** betonte der Kanzler zunächst, daß es unmöglich sei, in drei Monaten abgeschlossene Leistungen vorzuweisen, die sich zum Segen der Nation auswirken könnten. Die Reichsregierung sei aber fest entschlossen, den Weg ihrer bisherigen Handlungen weiter zu beschreiten, den Weg **einer neuen unabhängigen Staatsführung.** Endlich sei in Lausanne unter das unselige Kapitel der Reparationen ein Strich gezogen worden. Das System der Reparationen und der Young-Plan als seine feste Verkörperung sei tot und werde niemals lebendig werden. Die vereinbarte Restzahlung von höchstens drei Milliarden stehe unter den Bedingungen, die die Möglichkeit ausschlössen, daß sich daraus Gefahren für die Wirtschaft und die Finanzen Deutschlands ergeben könnten.

Außenpolitik

Der Kanzler betonte, daß er schon in Lausanne den Anspruch Deutschlands vor der ganzen Welt angemeldet habe, als **Volk mit gleichen Rechten und Pflichten** in der Welt behandelt zu werden. Die Beseitigung dieser **Diskriminationen** dürfte nicht wieder von der Tagesordnung der internationalen Politik verschwinden. **Die Herstellung der vollen Souveränität des Reiches, seiner Freiheit und Gleichberechtigung, sei das grundsätzliche Ziel der Außenpolitik, sei eine Sache der Ehre und Selbstachtung Deutschlands.** Jede Regierung, die die großen Lebensfragen der Nation vorwärts zu treiben suche, stehe auf einer sehr viel breiteren Basis, als irgend eine Partei sie bieten könne, auf der Unterstützung des gesamten Volkes.

Deutschland wolle die Abrüstung. Es würde auch die weitestgehenden Abrüstungsvorschläge annehmen, wenn sie gleichmäßig für alle Staaten Geltung hätten. Es sei aber unerträglich, daß das deutsche Volk weiter als Volk zweiter Klasse behandelt werde und schutzlos dastehe. Niemand habe mit größeren Hoffnungen auf die Abrüstungskonferenz gesehen als Deutschland, deren Ergebnis grausam enttäuscht habe.

Deutschland könne an den weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen, bevor nicht die Frage der Gleichberechtigung im deutschen Sinne geklärt sei.

Die **französische Antwortnote** werde zurzeit noch geprüft. Ihr Inhalt scheine nicht geeignet, die Lösung dieses ernsten Problems zu fördern.

Zu Fragen der Innenpolitik

betonte der Kanzler, daß das Ziel der Reichsregeirung, das sie nach ihrer festen Ueberzeugung auch erreichen werde, die entscheidende **Verminderung der Arbeitslosigkeit** sei. Durch das **Wirtschaftsprogramm** würden in den nächsten Monaten ¾ Milliarden für öffentliche Aufträge bereitstehen. Hinzu kämen Reichsmittel für die vorstädtische Kleinsiedlung und den Bau von Eigenheimen. Die **bäuerliche Siedlung** sehe die Regierung als eine der bedeutsamsten nationalpolitischen Fragen an, doch seien hier zunächst schwierige Aufräumungsarbeiten zu leisten. Bei Durchführung des Wirtschaftsprogramms sei es besonders eine schwere Aufgabe, den nötigen Ausgleich zwischen den Interessen der Gesamtwirtschaft und dem besonderen Ziel zu schaffen, auch für die Landwirtschaft wieder erträgliche Verhältnisse herbeizuführen. Dem Zusammenbruch weiterer bäuerlicher Betriebe müsse Einhalt geboten, die Selbständigkeit der Nahrungsmittelversorgung sichergestellt werden. **Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei beste Sozialpolitik.** Selbstverständlich bekenne sich die Regierung zu ihrer Pflicht gegenüber den **schutzbedürftigen Arbeitnehmern.** Hier finde die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit. Die Regierung wolle nach der Richtschnur des Reichspräsidenten handeln, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben müsse. Sie lasse sich von niemand an sozialer Gesinnung übertreffen.

Nur bei entscheidender Verringerung der Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter würden die **Unterstützungen für die Erwerbslosen,** die auch die Regierung für zu niedrig halte, erhöht werden können. In der Sozialversicherung habe die Regierung bei Amtsantritt einen sehr gefährdeten Zustand vorgefunden, sodaß sie zu Reformen gezwungen worden sei. Leistungen, die selber über die Kraft einer gesunden Wirtschaft hinausgingen, müßten preisgegeben werden, denn nur dadurch sei die Zahlung der Renten zu sichern. Die sozialen Einrichtungen müßten so vereinfacht und verbilligt werden, wie es der wirtschaftlichen Not der Zeit und dem Gebot der Sparsamkeit entspreche. **Niemand in der Reichsregierung denke daran, die wohlerworbenen Rechte des Versicherungsschutzes zu beseitigen, den Arbeiterschutz aufzuheben oder die grundlegenden Merkmale des Tarifvertrages zu zerstören.** Das Mißtrauen in diesem Punkt sei grundlos. Allein der tief innerliche Wille lenke die Regierung, den Weg zum Wiederaufstieg aus jahrelanger Not zu bahnen. Es sei jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, die Privatinitiative wieder zu wecken.

Von den Unternehmern erwartet die Regierung, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwerten. Sie werde mit eiserner Strenge gegen diejenigen im Volke vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollten.

Mißlinge der Plan, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, so sei das freie Unternehmertum verloren. Betriebe mit staatlicher Beteiligung müßten in einer Weise staatlichem Einfluß unterworfen sein, daß ihr Ertrag nur dem gemeinen Nutzen und nicht privatem Vorteil diene. Eine wachsende Welle der Zuversicht gehe über die Menschheit. Aber nur durch Kampf lasse sich eine neue, bessere Zukunft gewinnen. Die Regierung rufe das Volk zu ihrer letzten Anstrengung auf in dem Bewußtsein, daß damit die furchtbaren Krisenjahre auf immer hinter uns versänken. Arbeit und Brot — der Plan der Regierung gebe beides.

Neben dem Neuaufbau der Wirtschaft wird die Hauptaufgabe der Reichsregierung der

Umbau unseres staatlichen Lebens

sein. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß das **System der formalen Demokratie** im Urteil der Geschichte und in den Augen der deutschen Nation **abgewirtschaftet hat,** und daß es nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden kann. Aus der heutigen Zersetzung unseres Staatslebens heraus und in gesunde zukunftsvolle Verhältnisse kann uns allein die **Herstellung einer wahrhaft unparteiischen, nationalen Staatsführung** bringen, einer Staatsführung, die sich über allem Parteiwesen als unantastbarer Hort der Gerechtigkeit erhebt, die gestützt ist auf die Macht und die Autorität des vom Volke gewählten Reichspräsidenten.

Wenn die Herren von der NSDAP heute die schon etwas verstaubten Requisiten des sozialistischen Klassenkampfes vergangener Jahre glauben hervorholen zu müssen, wenn sie glauben, daß sie mit einem Kampf gegen die „feinen Leute", gegen die sogenannten „Barone", gegen die „Herrenschicht" neue Wahlerfolge erzielen werden, fürchte ich, daß sie eine bittere Enttäuschung erleben werden, denn in dieser Kampfmethode ist ihnen der Marxismus aller Schattierungen weit überlegen. Aber sie werden dabei — und das ist das Wesentliche — ihr Ziel verfälschen und zerschlagen, ihr Ziel, die Nation um der Nation willen auf einer nationalen Basis zu einen.

Der Kanzler betonte dann die Notwendigkeit einer **christlichen Jugenderziehung,** zu der es ebenfalls der Aufrichtung einer dauerhaften Staatsautorität bedürfe. Der Kanzler hielt es weiter für eine selbstverständliche Pflicht, sich vor die **historische Persönlichkeit des Reichspräsidenten** zu stellen. Das deutsche Volk habe ein sicheres Gefühl der Dankbarkeit für das Gottesgeschenk, das ihm, den Führer in Krieg und Frieden an der Spitze der Nation erhalten habe. So hoch die kämpfenden Gewalten von heute von diesem Symbol der Einigkeit überschattet würden, so sicher werde jeder gute Deutsche nur mit Kopfschütteln und Abscheu von Reden Kenntnis genommen haben, die jede Ehrfurcht vor der Weisheit des Alters und der großen Persönlichkeit vermissen ließen.

Die grundsätzliche Beseitigung der Schäden, die aus der Staatsführung der letzten 13 Jahre entstanden sind, kann folgerichtig nur in einer **Reform der Verfassung** gefunden werden. Wir werden diese Fragen nicht übereilen und nur in Uebereinstimmung mit den Ländern der Lösung zuführen. Das Wahlrecht bedarf eines Umbaues. Die Heraufsetzung des Wahlalters wird Schule und Universität in weitem Maße von politischer Radikalisierung befreien, der sie heute zum Opfer zu fallen drohen. Es wird geprüft werden, ob und wie der Aufbau der Volksvertretung in Zukunft organisch mit den Selbstverwaltungskörpern verbunden werden kann.

Die Frage Reich-Preußen wird im Rahmen der Verfassungs- und Reichsreform gelöst werden. Wir werden den geschichtlich gewordenen preußischen Staat nicht zerschlagen. Notwendig ist aber eine organische Verbindung der preußischen Regierung mit der des Reiches. Auf diesem Gebiete liegt die Möglichkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform und Verwaltungsverbindung, die die Stunde von uns verlangt. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen wird die **Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten.**

Wiederholt habe ich erklärt, daß die Reichsregierung in der Erhaltung der geschichtlichen Struktur unseres Volkes ein wesentliches Unterpfand für eine neue bessere Zukunft erblickt. Ich bin überzeugt davon, daß eine Reichsreform möglich ist, die sowohl dem geschichtlichen Recht der Länder, wie dem Gesamtwohl des deutschen Volkes entspricht. Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des dem deutschen Volke gewidmeten Hauses in dieser entscheidungsvollen Stunde die erwählten Vertreter des Landes aufzufordern, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführung ihres Programms ermöglichen. Die Volksvertretung hat mich daran gehindert; sie hat es nicht gewollt. Darum rufe ich dem Lande in dieser Stunde zu: Mit Hindenburg und für Deutschland!

Ueberwachungsausschuß des Reichstages

Berlin, 13. Sept. Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Löbe zusammen. Die Beteiligung der Parteien war außerordentlich stark. Auch Reichstagspräsident Göring nahm an der Sitzung teil. Ebenso waren die Länder durch zahlreiche Gesandte vertreten. Von der Reichsregierung war zunächst nur Ministerialdirektor Gottheiner vom Reichsinnenministerium erschienen. Dieser gab zu Beginn der Sitzung eine **Erklärung** ab, in der es heißt:

Die Reichsregierung hält daran fest, daß das Vorgehen des Reichstagspräsidenten in der gestrigen Sitzung des Reichstages mit der Reichsverfassung und mit der Geschäftsordnung des Reichstages nicht vereinbar ist. Nach Artikel 33 Absatz 3 der Reichsverfassung haben die Vertreter der Reichsregierung das verfassungsmäßige Recht, auch außerhalb der Tagesordnung, d. h. auch nach Schluß der Debatte und zu jedem beliebigem Gegenstand das Wort zu ergreifen. Entgegen dieser Bestimmung hat der Reichstagspräsident trotz wiederholter Wortmeldung dem Reichskanzler das Wort nicht erteilt, obwohl eine Abstimmung noch nicht begonnen hatte. Es steht fest, daß nach der Wortmeldung des Reichskanzlers ein Antrag auf namentliche Abstimmung aus dem Hause gestellt wurde. Es steht weiter fest, daß der Präsident diesen Antrag zugelassen hat und daß er das Haus noch darüber befragt hat, ob die Abstimmung über die Aufhebung der Notverordnung mit der Abstimmung über den Mißtrauensantrag verbunden werden solle. Eine Abstimmung kann erst beginnen, nachdem festgestellt ist, worüber und in welcher Form abgestimmt werden soll. Dementsprechend bestimmt der Paragraph 105 der Geschäftsordnung, daß eine namentliche Abstimmung bis zur Eröffnung der Abstimmung beschlossen werden kann. Sie kann somit nicht mehr nach Eröffnung der Abstimmung beschlossen werden.

Wenn der Reichstagspräsident nach der Wortmeldung des Reichskanzlers noch einen Beschluß auf namentliche Abstimmung herbeiführte, **so ergibt sich daraus mit völliger Klarheit, daß die Abstimmung bei der Wortmeldung des Reichskanzlers noch nicht begonnen hatte und daß der Präsident selbst die Abstimmung noch nicht als begonnen ansah. Damit steht fest, daß dem Reichskanzler geschäftsordnungs- und verfassungswidrig das Wort versagt worden ist.**

Infolge dieses Verhaltens des Reichstagspräsidenten war der Reichskanzler genötigt, die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten, die die Auflösung des Reichstages verfügte, in der Weise dem Reichstage zu übermitteln, daß er sofort nach der wiederholten Ablehnung der Worterteilung die Urkunde dem Reichstagspräsidenten übergab. **Mit der Uebergabe der Urkunde trat die Auflösung in Wirksamkeit. Jede weitere Tätigkeit der noch versammelten Abgeordneten entbehrte damit der verfassungsrechtlichen Grundlage. Beschlüsse des Reichstages über die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September d. J. und über die Entziehung des Vertrauens liegen daher nicht vor.**

Ungeachtet dieser klaren Rechtslage hat der **Präsident des Reichstages an den Reichskanzler** in den gestrigen Abendstunden ein Schreiben gerichtet mit Mitteilung der Abstimmungen im Reichstag.

Aus diesem Schreiben in Verbindung mit den Erklärungen, die er gestern abgegeben hat, ergibt sich, **daß der Reichstagspräsident die Auflösung des Reichstages nicht anerkennt. Mit dieser Stellungnahme des Reichstagspräsidenten steht die Einberufung des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung im Widerspruch.**

Die Reichsregierung ist jederzeit bereit, mit dem nach Artikel 35 der Reichsverfassung gestellten Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu verhandeln. **Sie muß es jedoch ablehnen, in solche Verhandlungen einzutreten, ehe nicht der Reichstagspräsident sein Schreiben vom 12. September 1932 zurückgezogen hat.**

Nach Abgabe dieser Erklärung verließ Ministreialdirektor Gottheiner die Sitzung.

Reichstagspräsident Görtng erklärt, er müsse anerkennen, daß die **Reichstagsauflösung rechtsgültig sei,** da auch ein gestürzter Reichskanzler ein Auflösungsdekret gegenzeichnen könne, solange er das Vertrauen des Reichspräsidenten habe. Dagegen müsse er **auf seinem Standpunkt beharren, daß die Abstimmungen rechtsgültig seien,** da sie bereits begonnen hatten, als der Reichskanzler sich zum Wort gemeldet hatte. Allerdings habe er auch formaljuristisch lebhafte Bedenken, ob die Begründung, die für die Auflösung gegeben worden sei, mit dem Geist und dem Sinn der Verfassung übereinstimme.

Abg. **Berndt** (Dntl.) erklärte, daß er sich voll auf den Boden der Ausführungen des Regierungsvertreters stellte. Die Reichsregierung sei zu ihrem Verhalten vollständig berechtigt. Auf einen Zuruf von Seiten der Nationalsozialisten und des Zentrums, warum denn dann die Deutschnationalen sich an der Abstimmung beteiligt hätten, erklärte der Redner: Das sei geschehen, um den Mehrheitsparteien nicht die Freude zu machen, auf einen einstimmigen Beschluß des Reichstages hinweisen zu können in einer Sache und in einer Situation, die hinsichtlich ihres Ernstes überhaupt nicht übertroffen werden könne und die wahrlich mehr Verantwortungsgefühl verlangt hätte, als es gestern der Reichstagspräsident und die Reichstagsmehrheit bewiesen hätten.

In der weiteren Aussprache erklärte Abgeordneter **Löbe** (Soz.) als Vorsitzender, daß der Ausschuß auf jeden Fall rechtmäßig tage, auch wenn der Reichstag nicht aufgelöst sei.

Abg. **Wegmann** (Z.) erklärte, die Regierung dürfe unter keinen Umständen ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig machen.

Gegen die beiden deutschnationalen Stimmen wurde darauf ein **sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach der Ausschuß die Anwesenheit des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers verlangt.**

Der Ausschuß befaßte sich dann noch kurz mit der polizeilichen Durchsuchung des Reichstagsgebäudes in der Nacht zum Dienstag. Reichstagspräsident Göring legte gegen das Vorgehen der Polizei schärfste Verwahrung ein.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und bei Stimmenthaltung des Zentrums wurde **ein kommunistischer Antrag angenommen,** in dem der Ausschuß feststellt, daß die Haussuchung ein eklatanter Bruch der Abgeordnetenimmunität sei. Der Ausschuß verlange die sofortige Bestrafung der für die Durchführung Verantwortlichen.

Auch nach Wiedereröffnung der Sitzung war kein Vertreter der Regierung erschienen. Vorsitzender Löbe teilte mit, daß er sich mit Staatssekretär Planck in Verbindung gesetzt habe. Er habe die Auskunft erhalten, daß die Regierung auf dem Rechtsstandpunkt verharre, den Ministerialdirektor Gottheiner vorgetragen habe.

Nach längerer Aussprache nahm der Ausschuß gegen die Stimmen der Deutschnationalen und im letzten Satz auch gegen die kommunistischen Stimmen folgende **Entschließung** der Sozialdemokraten an:

Der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern zu seiner heutigen Sitzung verlangt. Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern haben ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig gemacht. Das ist nach dem klaren Wortlaut des Artikels 33 der Reichsverfassung nicht zulässig. Sie haben sich durch ihre Handlungsweise eines offenen Bruches der Reichsverfassung schuldig gemacht. Er erwartet, daß der Herr Reichspräsident als der berufene Hüter der Verfassung den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Innern zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten unverzüglich anhält.

Der Ausschuß beschloß, daß dieser Antrag nicht nur der Reichsregierung, sondern auch dem Herrn Reichspräsidenten übermittelt werde.

Der zweite Teil der Verhandlungen im Ueberwachungsausschuß drehte sich um die Frage, ob die Auflösung des Reichstages zu Recht erfolgt sei und ob die Abstimmungen im Reichstagsplenum entsprechend den Verfassungsbestimmungen vorgenommen worden seien. Nach längeren, teilweise juristischen Ausführungen verschiedener Redner wurde ein Antrag des Abg. Frank (NS.) **angenommen, worin der Ausschuß feststellt, daß die Abstimmung im Reichstag am 12. September 1932 über die Aufhebung der Notverordnungen und die Entziehung des Vertrauens gegenüber dem Reichskabinett Papen verfassungsmäßig waren.**

Weiter wurde ein Antrag des **Abg. Wegmann** (Z.) angenommen, der lautet: 1. Die am 12. September 1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstages verstößt gegen Artikel 25 Absatz 1 der Reichsverfassung, weil die in dem Auflösungsdekret angenommene Gefahr, der Reichstag könnte die Aufhebung bestimmter Notverordnungen verlangen, keinen konkreten Anlaß darstellt.

Der **Antrag Frank** (NS.) wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag **Wegmann** (Z.) wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde dann noch ein **Antrag des Abg. Frank** (NS.) angenommen, wonach der Ausschuß die Reichsregierung ersucht, den Wahltermin für die Wahlen zum neuen Reichstag unverzüglich bekanntzugeben.

Während der Aussprache hatten verschiedene Redner **scharfe Wendungen** gegen das Verhalten des Reichskanzlers gebraucht. Auch sprach der nationalsozialistische Abgeordnete Frank davon, daß der Reichspräsident von Hindenburg „in Verkennung seiner verfassungsmäßigen Pflichten" gehandelt hatte. Abg. Schmidt-Hannover (Dntl.) wies diese Behauptung und die Angriffe gegen den Reichskanzler mit größter Schärfe zurück.

Zum Schluß wurde ein Antrag des Abg. Högner (Soz.) angenommen, der verlangte, daß zur Sicherung der Wahlfreiheit die bestehenden Presseverbote aufgehoben würde.

*

Der Reichskanzler geht nicht in den Ueberwachungsausschuß

Berlin, 13. Sept. Von amtlicher Seite wird zu dem Beschluß des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, den Reichskanzler und den Reichsinnenminister herbeizuzitieren, erklärt, daß entsprechend der Stellungnahme, die Ministerialdirektor Gottheiner im Verlaufe der Ausschußsitzung eingenommen hat, **weder der Reichskanzler noch der Reichsinnenminister zu den Sitzungen des Ausschusses erscheinen werden,** bevor nicht der Brief des Reichstagspräsidenten Göring an den Reichskanzler, der die Abstimmung als zu Recht bestehend ansieht, zurückgezogen wird. In Regierungskreisen betont man dazu, daß ja die Tatsache der Einberufung des Ueberwachungsausschusses an sich schon eine Desavouierung der Stellungnahme des Reichstagspräsidenten bedeutet, da dieser Ausschuß ja nur nach Auflösung des Parlaments einberufen wird und demzufolge die Auflösung des Parlaments als zu Recht bestehend anerkannt ist.

Auswärtiger Ausschuß des Reichstages

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages, der unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Frick (NS.) zusammentrat, tagte unter starker Teilnahme aller Parteien und der Vertreter des Reichsrates. Botschafter Nadolny, der deutsche Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, war zunächst mit einigen Ministerialbeamten anwesend, zog sich aber nach einem telephonischen Anruf wieder aus dem Reichstagsgebäude zurück. Auf der Tagesordnung der Ausschußsitzung stand die Besprechung des Lausanner Abkommens und der Abrüstungsfrage.

Auch in der Spätnachmittagsitzung erschienen keine Vertreter der Reichsregierung im Auswärtigen Ausschuß. Der Vorsitzende, Abg. Dr. **Frick** (NS.) machte dem Ausschuß davon Mitteilung, daß er die **Herbeizitierung des Reichskanzlers,** des Reichsaußenministers und des Reichswehrministers versucht habe. **Diese Bemühungen hätten zu keinem Erfolge geführt.** Nach längerer Aussprache wurde folgender Antrag des Abg. Dr. Bell (Z.) einstimmig angenommen (die Deutschnationalen waren in der Sitzung nicht anwesend): Der Auswärtige Ausschuß hat die Zuziehung des Reichskanzlers, Reichsaußenministers und Reichswehrministers beschlossen, um in den für das Wohl des deutschen Volkes entscheidenden Fragen, insbesondere über das Lausanner Abkommen und die Abrüstungsfrage die erforderlichen Auskünfte zu erhalten. Die Weigerung der Reichsregierung, diesem Ersuchen zu folgen, bedeutet einen Verfassungsbruch, gegen den sowohl aus Rechtgründen wie aus zwingenden Gründen der Außenpolitik schärfste Verwahrung eingelegt wird.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.).

16)

„Der Leo aber," fuhr Kerkhoff unvermittelt fort, „wollte Maler werden, wenn er noch einmal von vorn anfangen dürfte. Selbstverständlich Alpenspezialist."

„Und Sie?" fragte Toni, neugierig geworden.

Kerkhoff lächelte still, wie man eben über einen törichten Traum lächelt.

„Ich habe geschwiegen. Ich war mit meinem Los zufrieden . . ."

Toni riß einige Gräser aus und warf sie spielerisch in den quirlenden Bach.

„Jeder von uns würde es anders machen, und bei jedem würden sich wieder Mißhelligkeiten einstellen. Wir sollten Herren über unser Schicksal sein, aber wir sind es nicht!"

Kerkhoff nickte zustimmend. „Unsere Reue kommt immer zu spät," pflichtete er bei, „aber sie ist der Radiergummi für unsere Sünden."

* * *

Hatte es am Tage vorher geschienen, als lasse sich die Kluft zwischen Kerkhoff und Toni Geislinger noch einmal überbrücken, so bewies der folgende Vormittag mit der Hochgernbesteigung das Gegenteil.

Man hatte von Marquartstein aus den Aufstieg angetreten. Es war ja nur ein Spaziergang, diese kleine Voralpentour, die keinerlei Schwierigkeiten bot. Im Hochgernhaus hatte man Hunger und Durst gestillt. Nun drängte Kerkhoff zum Gipfel. „Von da oben ist die Fernsicht noch besser!"

Sie gingen den schmalen Steig an der Wasserleitung hin, kosteten von den Heidelbeeren, die dicht unterhalb des Gipfels wachsen und langten gegen zwölf Uhr beim Kreuz an. Kerkhoff war schon oft hier oben gewesen, aber wieder überwältigte ihn der großartige Blick in die Weite.

„Sehen Sie nur, Toni: Großglockner und Großvenediger wie mit der Nadel gestochen!"

Seine Begleiterin wies mit gestrecktem Arm in Richtung des Achentales: „Und am Wilden Kaiser gibt es Neuschnee!"

Sie standen ins Schauen versunken, wurden des anderen Gipfelgastes erst gewahr, als sie sich dem nördlichen Panorama zuwandten.

„Und hier unser Chiemsee!" rief Kerkhoff aus, sah aber gar nicht hin. Sein Blick ruhte erschrocken und befangen auf einer jungen Dame, die hart am Abgrund saß und im Gipfelbuch geblättert hatte.

Kerkhoff trat auf sie zu.

„Ursula . . .?"

Sie war es. Lächelnd reichte sie ihm die Hand, ohne aufzustehen.

„Dich hätte ich am wenigsten hier vermutet . . ." gestand Kerkhoff, sich ohne weitere Umstände neben sie setzend.

„Glaubst du, die Berge sind nur für dich Gipfelstürmer reserviert?" neckte die Blonde.

Er riß den Hut vom Kopf, ließ sich den Wind über das Haar streichen.

„Mit Goethe möchte man zitieren: Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!"

Ursula reichte ihm das Buch. „Bitte."

Er legte es unbesehen beiseite.

„Verzeihe," sagte Ursula mit unverkennbarer Ironie, „ich wußte nicht, daß du dich nur in Wandbücher einzeichnest, die gewöhnlichen Sterblichen unerreichbar sind . . ."

Kerkhoff sah auf. Sein Blick verfing sich an dem zart geschnittenen Gemmenprofil Ursulas. Die Worte des Mädchens erinnerten ihn an eine schwere Begehung der Dachstein-Südwand. Damals war Peter Werlin sein Kletterkamerad, derselbe, der später an der Schüsselkar-Südwand abstürzte. Welche Mühe es seinerzeit gekostet hatte, das Wandbuch in der Nische zu finden, das mußte er diesem Mädel gelegentlich einmal erzählen.

„Vielleicht zeichnet sich Toni ein . . ."

Kerkhoff sprang auf. Wo war Toni? Er hatte sie in der ersten Freude über die Begegnung mit Ursula vergessen.

„To — ni —!" Sein Ruf wurde vom Höhenwind fortgetragen. Aber Toni blieb unsichtbar.

Angst krallte sich in Kerkhoff fest. Sollte seiner Begleiterin etwas zugestoßen sein, während er sich nicht um sie kümmerte? Der Gipfel fiel ziemlich steil ab.

Soeben kamen zwei Touristen von der Hütte herauf. Ohne sich weiter um Ursula Josephy zu kümmern, lief Kerkhoff ihnen entgegen. Sie beruhigten ihn. Die junge Dame im grünen Dirndlkleid war schon über die Scharte zurück zur Hütte gegangen. Sie schien es sehr eilig zu haben.

Kerkhoff war beruhigt und strebte zum Gipfel zurück. Immerhin verblieb eine kleine Note Bitterkeit. Warum ergriff Toni die Flucht? Aergerte sie sich darüber, daß er sich nicht weiter um sie kümmerte?

Ursula stand neben dem Vermessungszeichen und sah mit geweiteten Augen hinüber zum Kaisergebirge.

„Warst du schon dort?" fragte Kerkhoff, die Richtung ihres Blickes deutend.

Sie schüttelte den Kopf.

„Noch nicht." Und ablenkend: „Sieh nur die Loferer Steinberge — wie aus Achat geschnitten . . ."

Kerkhoff geriet ins Plaudern.

„Das sind Eindrücke, die man nie vergißt auf dem ganzen, armseligen Lebensweg. Man wird davon schwärmen, wie der Fremde in Salzburg vom „Stierle" und vom Glockenspiel, die beide so ergreifend sind, weil sie Stimmen längst vergangener Zeiten darstellen." Und nach kurzer Pause fortfahrend: „Ich habe einen Freund, der ausschließlich für Thüringen schwärmt. Er ist eine romantische Natur, dem der sanfte Charakter der Thüringer Landschaft besser entspricht, als die grandiose Aufgetürmtheit der Alpen."

Kerkhoff reichte Ursula impulsiv die Hände.

„Wir aber lieben die Wucht und das Elementare, die himmelstürmende Steilheit der Berge, weil wir im tiefsten Wesenskern Sturmnaturen sind, gelt?"

Leuchtenden Auges nickte sie Zustimmung. Plötzlich, nachdem sie das Gipfelbuch in das Blechkapellchen zurückgelegt hatte, faßte sie Kerkhoff schärfer ins Auge.

„Wo ist deine Begleiterin?"

„Nach Marquartstein hinunter. Wir erwarten für nachmittags wichtige Post." Das war unnötigerweise gelogen, schnitt aber alle weiteren unerwünschten Fragen Ursulas ab.

Im Westen türmte sich verblüffend schnell eine Wolkenmauer auf. Die Hitze braute ein Gewitter zusammen.

„Laß uns über Staudach hinabgehen!" drängte Kerkhoff.

Er fühlte, irgend etwas lag in der Luft, nicht nur das Gewitter. Auch zwischen ihm und Ursula Josephy baute sich eine unsichtbare Barrikade.

Einmal noch glaubte er sich zu irren. Das war auf dem steilen Zickzackwege, der über das Steinackerl hinab nach der Staudacher Alm führte. Hier fiel der Pfad so jäh ab, daß es Kerkhoff für ratsam hielt, seine Begleiterin bei der Hand zu fassen.

„Ich bin schon bequemere Alpenvereinspfade gegangen . . ." spöttelte Ursula.

Und Kerkhoff stimmte ein: „Etwa zwischen Berchtesgaden und Königssee, wie?"

Da glitt sie von einem Stein ab. Ihr Führer fing sie geschickt auf. Einige Herzschläge lang lag sie an seiner Brust. Ein Sturm ging durch sie hin. Kerkhoff dachte in diesem Augenblick an den Kuß von Salet . . . Sie aber mußte an ihren Verrat denken. „Kerkhoff ist mir nichts!" hatte sie Vidor gegenüber beteuert . . .

Lachend befreite sie sich aus den Armen ihres Helfers. Dann setzten sie ihren Weg fort, als sei nichts gewesen, was auch nur für Sekunden die Ruhe ihrer Seelen gestört habe. Von den Matten herauf klang das Scheppern der Viehglocken.

Einmal noch ließ sich Ursula von ihrem Gefährten unterstützen. Das war, als sie sich wegen einer Glockenblume zu weit in das Trümmerfeld hineinwagte. Aber dann standen sie aufatmend unter den Wetterfichten der Alm.

„Du bist so gut zu mir — ich verdiene das gar nicht . . ." sagte Ursula beschämt.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

beide dem nationalen Lager angehören. Auf der einen Seite der Nationalsozialist Göring, ein glühender Nationalist, auf der anderen Seite Herr von Papen, dessen Patriotismus über allem Zweifel stehe. Es sei ein Jammer, daß über die nationale Bewegung Deutschlands nach einem so glänzenden Aufstieg das schwere Unglück hereinbrechen mußte.

Der Leitartikel des **„Völkischen Beobachters"**, der von Alfred Rosenberg stammt, hält an der Fiktion fest, daß die gestrige Reichstagsabstimmung nicht fristmäßig zustande gekommen sei und so an Hand ihres Ergebnisses argumentieren zu können, daß das Kabinett außenpolitisch aktions- und verhandlungsunfähig sei. Davon leitet dann Alfred Rosenberg die zukünftige Linie der NSDAP. ab, in deren Händen, wie er erklärt, nunmehr die Führung des Widerstandes der Nation gegen die „herrschende dünne Oberschicht" liege. Der jetzt entbrennenden Kampf müsse mit gleicher Zielklarheit gegen alle un- und antisozialen Kräfte geführt werden.

Die **„Kölnische Zeitung"** vertritt das Recht der Regierung, einem Mißtrauensvotum durch die Auflösung zuvorzukommen. Das Blatt sagt, Zentrum und Nationalsozialisten hätten die Aussprache im Reichstage gescheut, weil sie den programmatischen Erklärungen des Kanzlers nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatten. Die Arbeitsunfähigkeit des Reichstages sei unbestreitbare Tatsache gewesen.

Die **„Kölnische Volkszeitung"** (Z.) schreibt, die Regierung habe formell gesiegt, durch ihr Vorgehen sei jedoch das nationale Gefüge in einer Weise erschüttert, die ihr auch die Verwirklichung der besten Absichten unmöglich mache. Der Kampfplatz sei nunmehr ins deutsche Volk verlegt.

Durchsuchung der kommunistischen Fraktionszimmer im Reichstag

Berlin, 13. Sept. Der Polizeipräsident teilt mit: Aufgrund einer eingegangenen zuverlässigen Nachricht hat in der Nacht zum 13. September der stellvertretende Leiter der Abteilung 1, Regierungsrat v. Werder eine Durchsuchung im Reichstag angeordnet, da der **dringende Verdacht eines Sprengstoffattentats** vorlag. Die Durchsuchung konnte dem Herrn Reichstagspräsidenten und dem Herrn Polizeipräsidenten vorher nicht mehr angekündigt werden, da beide Herren fernmündlich nicht zu erreichen waren. Die Durchsuchung war um 1.30 Uhr beendet. Die Keller des Reichstages und die Fraktionsräume der Kommunistischen Partei sind durchsucht worden. Der nach kurzer Zeit eintreffende Direktor der Reichstagsverwaltung, Geheimrat Galle, erhob gegen diese Durchsuchung energischen Protest und teilte mit, daß er diese Angelegenheit bei den zuständigen Stellen des Reichstags zur Sprache bringen würde. Da Regierungsrat v. Werder annehmen mußte, daß Gefahr bestände, hat er trotz des Protestes von Herrn Geheimrat Galle die Durchsuchung weiter fortgesetzt. Hinweise auf ein Sprengstoffattentat sind aber nicht gefunden worden. In den Fraktionszimmern der Kommunistischen Partei wurden zwei Zersetzungsschriften, sowie ein Buch, das sich mit Eisenbahn beschäftigt, beschlagnahmt. Der Polizeipräsident hat eine Untersuchung dieser Angelegenheit in die Wege geleitet.

Tagung des Kyffhäuserbundes

Am 10. und 11. September hat auf dem Kyffhäuser der **31. Vertretertag des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser"** stattgefunden. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Unser Streben nach dem **Zusammenschluß aller aufbauwilligen nationalen Kräfte** — unabhängig von Partei- und Konfessionsbindungen — hat Erfolg gehabt. Die Schaffung eines einheitlichen geschlossenen Willens in den Lebens- und Schicksalsfragen der Nation ist bei der überwältigenden Mehrheit des Volkes Tatsache geworden. Das bisherige vaterländische Programm soll, muß und wird bestehen bleiben. Im Vordergrund unseres Freiheitskampfes steht das Ringen um Gleichberechtigung und nationale Sicherheit. Für diese will der Bund im neugegründeten „Aufklärungsausschuß für nationale Sicherheit" gemeinsam mit dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände und der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverstärkung in München alle Kraft einsetzen. Ebenso wird der Bund für die geistige und körperliche Wehrhaftmachung des Volkes arbeiten. Den Verbänden sind Sonderaufgaben für Luft- und Gasschutz zugewiesen. Der Freiwillige Arbeitsdienst ist nach Kräften zu fördern."

Tages-Anzeiger

Mittwoch, den 14. September.

Skala-Tonfilm-Theater: „Er und seine Schwester", 7 und 9 Uhr.

Deutschland

Der neue Bischof von Meißen

Berlin, 13. Sept. Der Papst hat den Probst von Magdeburg, Peter Legge, zum Bischof von Meißen in Sachsen ernannt. Der neue Bischof von Meißen wurde 1882 in Brakel, Kreis Höxter, in Westfalen geboren. Seine theologischen Studien machte er in Paderborn und Würzburg. 1907 war er Probst der katholischen Gemeinde in Magdeburg seit 1924. In diesem Jahre wurde er vom Erzbischof zu Paderborn zum Ehrendomherrn ernannt.

Auch Hessen wird wieder wählen

Darmstadt, 13. Sept. In Anbetracht der Auflösung des Reichstages ist nunmehr auch die Auflösung des Hessischen Landtages zu erwarten. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß am Montag, alsbald einen entsprechenden Antrag einzubringen. Bei den gegenwärtigen Stärkeverhältnissen im Landtag kann mit der Annahme des Antrages gerechnet werden, auch wenn die Nationalsozialisten dagegen stimmen sollten.

Kundgebung der Hypothekenbanken für das Regierungsprogramm

Weimar, 13. Sept. Die Vollversammlung der privaten Hypothekenbanken hat an den Reichskanzler ein Telegramm gesandt, in dem gesagt wird, daß die Gesamtheit der privaten Hypothekenbanken, die mit mehr als 6 Milliarden RM. Hypotheken rund ein Drittel des organisierten deutschen Realkredits verwalten, einmütig die mit dem Wirtschaftsprogramm der Regierung ausgesprochene Ablehnung jeder weiteren Zwangskonversion begrüßt. Als die berufene Vertreterin viele Millionen kleiner und kleinster Sparer bittet sie dringend, gegenüber allen Gegenbestrebungen an dieser Ablehnung festzuhalten.

Rundfunkkommissar Ministerialrat Scholz aus der NSDAP. ausgeschieden

Berlin, 13. Sept. Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anschein parteipolitischer Rücksichten in seiner Amtsführung zu vermeiden, im Einvernehmen mit der Parteileitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei als deren Mitglied auszuscheiden.

Selbstmord Dr. Heinrich Dehmels.

T.U. **Berlin,** 14. Sept. Der Berliner Arzt Dr. Heinrich Dehmel, ein Sohn des bekannten Dichters, hat sich in seiner Wohnung in der Potsdamerstraße 118c mit Veronal vergiftet. Wie verlautet, sollen wirtschaftliche Schwierigkeiten dem durch seine gemeinnützigen Unternehmungen in weiten Kreisen bekannt gewordenen Arzt in den Tod getrieben haben.

Ausland

Vier Königsberger SA.-Leute in Linz verhaftet

Linz, 13. Sept. Vier reichsdeutsche SA.-Leute, die aus Königsberg in Preußen stammen, und zwar der Hochschüler Majora, der Schlossergehilfe Marienfeld, der Versorgungsanwäter Ploen und der Bürobeamte Kraschinsky, sind hier verhaftet worden; man glaubt, daß sie an den Königsberger Bombenattentaten beteiligt waren und aus Deutschland flüchteten. Die Verhafteten verweigern alle näheren Angaben.

Japan erkennt die Mandschurei an

Tokio, 13. Sept. Auf einer unter Vorsitz des Kaisers von Japan abgehaltenen Plenarsitzung des Staatsrates wurde heute vormittag die **Anerkennung des neuen Staates Mandschukuo gebilligt.**

Hutchinsons gerettet

Oslo, 13. Sept. Aus Tromsö wird gemeldet, daß Hutchinson sich nach der norwegischen Funkstation in Finsbu in Ostgrönland gerettet habe.

Kopenhagen, 13 Sept. Nach einem bei der Verwaltung von Grönland um 12.15 Uhr eingegangenen Telegramm hat der Trawler „Talbot" um 12 Uhr nachts **sämtliche Mitglieder der Fliegerfamilie Hutchinson auf Land bei Ikersuak gefunden.** Die Geretteten befinden sich wohl, die Maschine aber ist wrack.

Neuer Transozeanflug

Neuyork, 13. Sept. Die Flieger Miß Newcomer, Dr. Ulbrich und Dr. Piscull sind heute früh von hier aus zu einem Transozeanflug gestartet. Sie wollen versuchen, ohne Zwischenlandung nach Rom zu gelangen.

Dorfbrand im Kanton Wallis

Fiesch (Kanton Wallis), 13. Sept. Das Dorf Blitzingen steht seit Dienstag früh in Flammen. Zur Zeit brennen **20 der größten Wohnhäuser.** Das 240 Einwohner zählende Dorf bildet rechts und links der Hauptstraße ein riesiges Flammenmeer. Der Hauptteil des Dorfes gilt als verloren. Die Feuerwehren des ganzen Oberwallis weilen am Brandplatz.

Gandhi droht mit seinem Hungertode

London, 13. Sept. Gandhi beabsichtigt, Hungers zu sterben, wenn die britische Regierung bei ihrem Vorschlag bleibt, eine besondere Wahlkörperschaft für die unteren Kasten Indiens einzusetzen. Gandhi will ab 20. September sich jeder Nahrungsaufnahme enthalten. Er ist der Meinung, daß der genannte Vorschlag auf die Vernichtung des Hinduismus hinauslaufen würde. Wie aus Simla berichtet wird, verlautet dort, daß Gandhi am 20. September unmittelbar nach Beginn seiner Hungerdemonstration wahrscheinlich in Freiheit gesetzt wird.

Hinrichtung Gorguloffs

Paris, 13. Sept. Gorguloff, der Mörder des Präsidenten Doumer, wird am Mittwoch früh hingerichtet werden, nachdem Präsident Lebrun es abgelehnt hat, ihn zu begnadigen.

Der Präsidentenmörder Gorguloff hingerichtet.

T.U. Paris, 14. Sept. Gorguloff, der Mörder des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Doumer wurde am Mittwoch früh 5,54 Uhr hingerichtet.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der **Reichspräsident** empfing am Montag den deutschen Botschafter in Angora, Nadolny, sowie den deutschen Gesandten in Bern, Müller; ferner den Kommandeur der Heilsarmee, General Higgins, der von dem britischen Botschafter begleitet war.

Der Reichspräsident Ehrenbürger von Nürnberg. Der Herr Reichspräsident empfing den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Luppe, und nahm aus dessen Händen den Ehrenbürgerbrief der Stadt Nürnberg entgegen.

Löbe tritt in die „Vorwärts"-Redaktion ein. Wie der „Vorwärts" mitteilt, ist der frühere Reichstagspräsident, Löbe, in die Redaktion des „Vorwärts" eingetreten. Wie bekannt, war Löbe bis 1920 Chefredakteur der Breslauer „Volkswacht".

Aufsehenerregende Verhaftung in Paris. Wie „Matin" berichtet, ist der englische Bankier Josef Aspinail, Eigentümer und Direktor der Bank Bebis in Paris, unter dem Verdacht des Betruges und des Vertrauensmißbrauchs verhaftet worden. Die Summe, die Aspinail veruntreut haben soll, soll 45 Millionen Francs betragen.

Zenkers Asche der Nordsee übergeben. Am Dienstag wurde die Asche des verstorbenen Admirals Zenker, seinem testamentarischen Wunsche entsprechend, durch den Kreuzer „Köln" auf dem Schlachtfeld der Skagerak-Schlacht in die Nordsee versenkt. Der Sohn des Admirals, Leutnant z. S. Zenker, nahm an der Feierlichkeit teil.

Die Höhenrakete Winklers. Die Höhenrakete des Ingenieurs Winkler ist von Swinemünde nach Pillau gebracht worden. Der ursprünglich auf der Insel Greifswalder Oie geplante Start konnte nicht stattfinden, da die staatlichen Stellen die Genehmigung versagt haben. Die Rakete wird nunmehr in der Einsamkeit der ostpreußischen Frischen Nehrung südwestlich von Pillau abgeschossen werden. Der Start soll in den Tagen vom 20. bis 25. September vor sich gehen.

Kinderlähmung im Kreise Kottbus. In einigen Ortschaften des Kreises Kahlau sind in der letzten Zeit zahlreiche Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten. Es sind bis jetzt 5 Todesopfer zu verzeichnen. Auch in Kottbus sind zwei leichte Fälle spinaler Kinderlähmung festgestellt worden.

Riesenfeuer in Kolno. In der in der Starostei Lomsha gelegenen Stadt Kolno, südlich der ostpreußischen Stadt Johannisburg, brach ein Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit über den größten Teil der Stadt ausbreitete. Wassermangel und Sturm erschwerten die Löscharbeiten, sodaß **die halbe Stadt niederbrannte.** Ueber 2000 Personen sind obdachlos.

Dreifacher Mord. Der 26 Jahre alte Gladiskus Zack in Kattowitz schoß seinen Bruder, seine Schwägerin und deren Sohn nieder. Nach der Tat floh der Mörder in die nahen Wälder.

Dampffährenunglück in Japan — 24 Tote. Infolge des Kenterns einer Dampffähre, die 100 Arbeiter des Arsenals von Kure beförderte, sind 24 Personen ertrunken.

Die Salzburger Festspiele 1932

Entgegen vielerorts gehegten Befürchtungen und trotz Wirtschaftskrise und Devisenscherereien waren die heurigen Salzburger Festspiele, begünstigt durch das unentwegt sonnendurchglutete Sommerwetter der zweiten Augusthälfte, außerordentlich gut besucht. Die folgenden Zeilen halten Eindrücke der abschließenden Festspielwoche fest. — Glucks Reformoper „Orpheus und Eurydike", welche die nachstehend besprochene Darbietungsreihe eröffnete, wohl mit das kostbarste Ereignis der vorjährigen Saison, erschien abermals in Salzburg und offenbarte wie das Jahr zuvor unter der kongenial nachformenden, Anmut und Pathos einigenden Stabführung Bruno Walters einem hingerissenen Publikum seine tönende Herrlichkeit. Karl Heinz Martins gedanklich vielleicht zu belastete Inszenierung überließ der ausdrucksbeseelten, der Gluck'schen Tonsprache nicht immer adäquaten Choreographie der Wigmann-Schülerin Margarete Wallmann den Vortrit. Solistisch dürften Sigrid Onegins tonüppiger Orpheus und Maria Müllers Eurydike nirgendwo ihresgleichen finden. Die Chöre bestätigten die oft gerühmte Vortrefflichkeit des Wiener Staatsopernchors.

Wenn diesem im wahrsten Sinne großartigen Erlebnis überhaupt noch ein anderes gleichkommen konnte, so geschah dies durch die grandiose Fidelio-Vorstellung am Abend darauf. Am Dirigentenpult saß Richard Strauß. Er baute die Monumentalität der einzigen Beethoven-Oper in gestraffter Temponahme und klanggespeister Wunderpracht auf. Triumphalen Schwung bekam die vor dem Schlußfinale eingeschobene dritte Leonore-Ouvertüre. Eine Glanztat werkerschöpfender Regie gelang Dr. Lothar Wallerstein. Lotte Lehmanns sanges- und darstellungsgewaltige Leonore ist unüberbietbar. Die deutsche Bühne besitzt keine bessere. — Zum Gedenktage der Uraufführung (1783) und in deren Raum, dem andachtweckenden Innern der Peterskirche, erklang als Festgabe der Internationalen Mozarteums-Stiftung und unter Dr. Bernh. Paumgartners stilkundiger Direktion Mozarts G-moll-Messe, die neben seinem Requiem und Bachs und Beethovens Messe-Werken zu den erhabensten Schätzen religiöser Tonkunst zählt. — Das auf den Abend desselben Tages angesetzte 9. Orchesterkonzert der Wiener Philharmoniker (Schuberts Unvollendete und Bruckners Fünfte Sinfonie mit Bläser-Choralschluß) endete mit Beifallsstürmen und Blumenregen für seinen Leiter Bruno Walter, dem, als erklärtem Liebling der Festspielbesucher, wie einem König gehuldigt wurde. — Aus dem Opernschaffen von Richard Strauß fand seine „Frau ohne Schatten" zum ersten Male Eingang ins Festspielrepertoire. Clemens Krauß als glühender Strauß-Interpret hob die exzellente Aufführung zur unvergleichlichen Spitzenleistung derzeitiger Wiener Opernkunst empor. Ihn unterstützten über jedes Lob hinausragende Solokräfte, zuvörderst Lotte Lehmann als vollblütige Färberin, sodann Gertrud Rünger (Amme), Viorica Ursuleac (Kaiserin), Franz Völker (Kaiser) und Josef von Manowarda als abgeklärt singender Barak. An der orientalisch verbrämten Romantik von Werbers „Oberon", der dieses Jahr in Gustav Mahlers melodramatisch bereicherter Bühnengestalt erstmals zur Festspieloper erkoren wurde, wandte Bruno Walter all sein Können und seine Liebe. Als Hüon und Rezia begeisterten Helge Roswaenge, der im Belkanto heikelster Koloraturen schwelgende (Es-Dur-Arie!) frischverpflichtete lyrische Tenor der Wiener Staatsoper, und die in quellender Tonblüte singende, beinahe zu leidenschaftlich agierende Maria Müller die Hörer. Ums Szenische bemühten sich in dreifacher Meisterschaft Frank Ludwig Hörth als geistreicher Regisseur, Oskar Strand als erfinderischer Bühnenbildner und Marg. Wallmanns noch vom Orpheus her beschattete choreographische Beihilfe.

Wiederum machte die „Jedermann" benannte Legende „vom Sterben des reichen Mannes", die Hugo von Hofmannsthal in so gleichniskräftige deutsche Reimverse goß, zum Sammelpfeiler des ganzen, nun ein Dutzend Jahre bestehenden Festspielwerkes. Die im wörtlichsten Worverstande vollkommene Regieleistung Max Reinhardts faßte manches anders, bunter, belebter, tänzerischer (Harald Kreutzberg!). Raoul Lange (der bisherige Mammondarsteller) sprang, da Paul Hartmann, der Moissi-Ersatz, nicht mehr verfügbar war, rasch als sprechmeisterischer, männlich impulsiver erschütterungsstarker Jedermann ein. Sonst blieb die frühere Besetzung.

Mit ihrem die Gesamtreihe beendenden, von Richard Strauß führergroß geleiteten zehnten Sinfoniekonzert bewiesen am Morgen des gleichen Sonntags die Wiener Philharmoniker, der unermüdliche Instrumentalkörper der Festspiele, daß sie noch immer das weitaus vorzüglichste Orchester der Welt sind (Mozarts Es-dur-Sinfonie, Beethovens Pastorale und Webers Eurathe-Ouvertüre). Und den würdigen Abschluß des Tages bot einer ergriffenen Zuhörerschaft der ausgezeichnet geschulte Domchor unter Joseph Meßner mit einer weihevollen Muster-Aufführung des Morzartschen Requiems im Dome. — Wie „Jedermann" gehört der „Rosenkavalier" in der bildfeinen, stil- und zeitgetreuen Aufmachung Lothar Wallensteins und Alfred Rollers zum eisernen Bestande des Festspielplanes Delikatesse und Brio, womit Klemens Strauß orchestral leuchtend und wienerisch gelöst in Salzburg diese herzlichste aller Strauß-Opern darreicht, sind wirklich von niemand zu überbieten. Und das Ensemble, das ihm dient, wird in solcher Erlesenheit gleichfalls nirgends zu finden sein, besonders nicht Lotte Lehmanns vornehme, die Tragödie des Alterns starkmütig resignierend durchlebende, von reifstem Künstlertum getragene Marschallin und der saftstrotzende, urwüchsige, dummpfiffige, erquicklich bäuerliche Lerchenauer Richard Mayrs, schlechthin der Ochs von Lerchenau. Das tut der Wiener Oper keine andere nach.

Wahrscheinlich bleibt sie in gleichem außer Konkurrenz mit ihrer reizgeschmückten „Cosi fan tutte"-Darbietung, für die Ludwig Sievert eine farbenwählerische liniengeschwungene Rokokoszene geschaffen hat. Clemens Krauß lenkte diese verstehend und verzeihend über weiblichen Flattersinn und männliche Einbildung lächelnde „Komödie der Oberflächlichkeit" partitursouverän und rhythmenperlend, und Lothar Wallerstein inszenierte das beglückende Opernwerk in beflügeltem Lustspieltempo und improvisationsbereiter Laune. Die zwei treulosen Schwestern und ihre enttäuschten Liebhaber verkörperten Viorica Ursuleac und Eva Hadrabova, Karl Hammes und Franz Völker in singvirtuoser Edelkultur. Josef von Manowarda war ein Alfonso von überlegenem Weltverstand. Und die charmante Adele Kern die entzückendste Soubrette, die man sich denken kann, assistierte ihm als listenerfahrene, kecke, schelmische Zofe Despina. — Am Ausgang der an Kunstgenüssen überreichen Woche schied man dankbewegt von dem Orte, wo Stadt, Landschaft und Kunsttradition der hohen Kulturmission des Festspielgedankens so einträchtig helfen. Das sommerliche Salzburg ist nunmehr in Verwirklichung der einst von Hofmannsthal formulierten programmatischen Leitsätze in der Tat zu einer Pilgerstätte feierlich gehobener deutsch-österreichischer und zugleich internationaler Musik- und Theaterkunst geworden. Daß sie soviele Kunstwallfahrer von nah und fern aufsuchen, sei uns ein tröstlicher Beweis dafür, daß der liebende Drang zum Guten und Schönen noch lange nicht erstorben ist.

Dr. Rudolf Raab.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg